

Ordentliches Geschenk für die Pharmaindustrie

Ordentliches Geschenk für die Pharmaindustrie

Philipp Höhne aus Gablenz schreibt zum Gesetz zur Beibehaltung des Preisstopps: Na also, das nenne ich flotte Arbeit. Mit ihrem ersten Gesetz hat die neue Regierung gleich ordentlich Geschenke verteilt.

Nein. Keinen überfälligen Mindestlohn. Der kommt, wenn überhaupt, erst 2017. Weil das "Arzneimittelneuordnungsgesetz" zum Jahresende ausläuft, wurde das darin enthaltene Preisstoppmoratorium per Gesetz drei Monate verlängert. Da freuen sich die Kranken. Die Krankenkassen wohl nicht so sehr, denn der neue Rabatt beläuft sich nur noch auf sieben Prozent entgegen sechs Prozent für alle und nochmal zehn Prozent auf besonders teure Medikamente im alten Gesetz. Das bringt den Pharmafirmen 2014 etwa 1,3 Milliarden Euro, hat die Linke errechnet. Und die ebenfalls im alten Gesetz enthaltene Prüfung neuer Medikamente auf einen zusätzlichen Nutzen, den die Krankenkassen bezahlen müssen, ist unter den Tisch der Großen Koalition gefallen. Über wie viele Milliarden Euro sich da wohl die Pharmakonzerne freuen .

Ungleiche Behandlung im Rechtssystem

Herta Scheffel aus Cottbus schreibt zu "Gefängnis für 87-jährige Schwarzfahrerin" (RUNDSCHAU vom 12. Dezember):

(. . .) Herr Hoeneß (gemeint ist der Präsident des FC Bayern München – d. R.) hat den Staat um Millionen geprellt. Im Vergleich zu der Schwarzfahrerin wahrscheinlich ein Kavaliersdelikt in unserer demokratischen Rechtsprechung. Ich bin fast 87 Jahre alt und würde Herrn Hoeneß wünschen, dass er (. . .) viele Weihnachtsfeste in einer Zelle verbringt. (. . .)

Das ist ein politischer Skandal

Dr. Volker Kobelt aus Hor now-Wadelsdorf schreibt zu "Größter Justizskandal in der Geschichte des Landes" (RUND SCHAU vom 20. Dezember):

(. . .) Im Mai hatte ich mich an den Justizminister von Brandenburg gewandt, um mich über eine Cottbuser Richterin zu beschweren (. . .). Ich bat den Minister "nach Beamtenrecht" gegebenenfalls um eine zivilrechtliche Maßnahme, da das Verhalten der Richterin bei mir den Eindruck erweckte, wohl eher nach "sozialistischem Recht" als dem Recht der Bundesrepublik Deutschland zu agieren. Allerdings wusste ich zu diesem Zeitpunkt noch nicht, zu welcher Partei der Minister gehört. Die Antwort des Ministers Schöneburg lief darauf hinaus, dass er nicht in die Justiz eingreifen könne, ich solle den Rechtsweg beschreiten. (. . .) Nun begreife ich allerdings, weshalb der Minister nicht nach Beamtenrecht agieren wollte, wenn er selbst wider besseres Wissen handelt. Es handelt sich hier also nicht "nur" um einen Justizskandal, sondern um einen politischen Skandal des gesamten Landes. (. . .)

Eine erschreckende Verschiebung der Werte

Bernhard W. Naber schreibt per E-Mail zu den Lausitzer Wölfen:

Mir scheint, hier in unserer Lausitz läuft etwas gewaltig schief. Da wird auf die Ergreifung eines Menschen, der einen Wolfswelpen geschossen hat, eine Fangprämie von 10 000 Euro ausgeschrieben. Man mag für oder gegen die Wiederkehr der Wölfe sein. Ein geschütztes Tier zu erlegen, ist sicher auch nicht zu akzeptieren. Aber eine Belohnung in dieser Höhe für einen Wolfswelpen? Wie hoch waren in der Vergangenheit Belohnungen bei Übergriffen gegen Menschen, die bis heute nicht aufgeklärt sind? Da haben sich doch in einer erschreckenden Weise Werte verschoben, was einfach beängstigend ist.

Regierungsstil geprägt von Mutlosigkeit

Rasmus Ph. Helt aus Hamburg schreibt zu "Dumm gelaufen am ersten Tag" (RUNDSCHAU vom 19. Dezember):

(. . .) Wer, wie Angela Merkel, immer nur Reformen von anderen fordert, anstatt selbst zu handeln, der macht sich schlicht und ergreifend unglaubwürdig. Weswegen die ziemlich willkürliche EEG-Umlage-Praxis stellvertretend für einen Regierungsstil steht, der Deutschland schon aufgrund seiner Mutlosigkeit ins nachhaltige Abseits führt!